

erwachende Selbstbewußtsein ihrer indischen Glaubensbrüder zu stärken, indem sie sie finanziell unterstützen, etwa auch bei der muslimischen Mission unter den Kastenlosen. Entsprechend haben sich die Fronten zwischen Hindus und Muslimen in letzter Zeit zunehmend verhärtet. Gerade in den Städten häufen sich die blutigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Konfessionen, wobei oft nichtig scheinende Zwischenfälle den Anlaß ergeben.

Der Extremismus unter den Sikhs

Die im 15. Jahrhundert begründete monotheistische Lehre der 17,5 Millionen *Sikhs* (2,5% der indischen Bevölkerung) strebte ursprünglich in der Verschmelzung islamischer und hinduistischer Glaubensinhalte eine Versöhnung der beiden Religionen an. Im Laufe der Zeit entwickelte sie sich jedoch in der Glaubensverteidigung zu einer kriegerischen Religion nationalistischer Prägung. Ihre Anhänger leben vorwiegend im strategisch wichtigen *Punjab*, dessen Wirtschaft sie weitgehend kontrollieren. Oft erfolgreiche Geschäftsleute, liegt ihr Lebensstandard weit über dem indischen Durchschnitt, und auch im öffentlichen Leben spielen sie eine bedeutende Rolle. So stellen sie nicht nur etwa in der Armee 10% der Soldaten und sogar 25% des Offizierskorps, sondern mit Zail Singh auch das Staatsoberhaupt der Indischen Union.

Dennoch fühlen sich viele Sikhs politisch und religiös benachteiligt, zumal sie in ihrem eigenen Bundesstaat Punjab nur eine knappe Mehrheit bilden (53%), während viele ihrer Glaubensgenossen als Minderheit in den Nachbarstaaten leben. Ihr Wortführer ist die militante *Akali-Dal*, die einen autonomen Groß-Punjab als Staat aller Sikhs anstrebt. Für diesen Staat beanspruchen sie nicht nur die Hoheit in Fragen der Wirtschaft und des Kommunikationswesens, sondern auch im Verteidigungsbereich. Eine kleine Gruppe von Extremisten visiert sogar die Errichtung eines unabhängigen Sikh-Staates „Khalistan“ (Land

der Reinen) an, basierend auf einer Khomeini nachempfundenen fundamentalistischen Ideologie.

Die Zentralregierung kann diesen Forderungen kaum entsprechen, würde sie damit doch einen Präzedenzfall schaffen, der die Autonomisten und Separatisten in anderen Regionen Indiens auf den Plan rufen könnte. So hat sie bisher nur auf religiösem Gebiet Zugeständnisse gemacht – u. a. ist der Verkauf von Alkohol, Tabak und Fleisch in der Umgebung des Goldenen Tempels von *Amritsar*, dem Heiligtum der Sikhs, mittlerweile verboten, werden religiöse Zeremonien direkt im örtlichen Rundfunk übertragen. Die Sikh-Extremisten sehen sich hierdurch jedoch keineswegs zufriedengestellt, wie die jüngsten blutigen Übergriffe gegen Hindus zeigen. So bleibt der Zentralregierung – wie etwa in Assam – als Hilfsmittel anscheinend wiederum nur die Demonstration militärischer Macht.

Wenigstens Zeichen setzen

Stärker denn je protestieren Indiens ethnische, soziale und nicht zuletzt religiöse Minderheiten gegen die mangelnde Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse. Ihre Empörung entlädt sich leider nur allzu oft in Gewalttaten, die wiederum Gegengewalt erzeugen. Das derzeitige politische Klima fördert den Extremismus um so mehr, als die Regierung Indira Gandhis dem Wirken der zentrifugalen, die Einheit des Staates bedrohenden Kräfte eher ratlos gegenüberzustehen scheint.

Der Katholischen Kirche Indiens bleibt angesichts dieser Entwicklung nur eine defensive Haltung, vertritt sie doch selbst eine von vielen Seiten angegriffene kleine Minderheit. Sie kann aber zumindest für die Zukunft Zeichen setzen – durch das Bemühen um die eigene innere Einheit, das selbstlose soziale Engagement für alle Menschen Indiens und durch die Fortführung des Dialogs mit den übrigen religiösen Gemeinschaften.

Peter Drews

Perus Demokratie gefährdet

Die Guerilla-Organisation „Leuchtender Pfad“

Die politische Entwicklung in Peru, das als einer der wenigen demokratisch verfaßten und regierten Länder mehr im Windschatten der Lateinamerika-Berichterstattung liegt, gibt Anlaß zur Sorge. Seit drei Jahren wird der Anden-Staat von einer Guerilla-Organisation mit dem abenteuerlichen Namen „*Sendero Luminoso*“ (Leuchtender Pfad) terrorisiert. Obwohl die Bewegung im Gegensatz zu den peruanischen Guerilleros der sechziger Jahre und den Aufständischen in Mittelamerika isoliert, das heißt ohne ideologische und militärische Unterstützung von außen und auch ohne politische Basis im eigenen Land kämpft, ist es ihr gelungen, die 1980 demokratisch gewählte Regierung des Präsidenten *Fernando Belaunde Terry* zu destabilisieren und die Bevölkerung in Angst und

Schrecken zu versetzen. Die Bekämpfung der Guerilla durch Polizei und Armee hat inzwischen ebenfalls *Züge der Willkür* und des Terrors angenommen. Mitte Januar ließen die katholischen Bischöfe eine Anzeige in der peruanischen Presse veröffentlichen, in der es heißt, die Ausbrüche blinder Gewalt in Peru seien „durch nichts zu rechtfertigen, erst recht nicht, wenn sie im Namen der staatlichen Autorität begangen werden“.

Der Terror der Senderistas

Eine Bilanz des Guerilla-Kampfes muß sich auf Angaben des peruanischen Innenministeriums beschränken (die als Leistungsnachweis der Armee dienen und nicht allzu zu-

verlässig sein dürften); die Guerilla gibt keine Erfolge oder Verluste bekannt. So sind nach regierungsamtlicher Darstellung allein im vergangenen Jahr 1955 Menschen getötet worden, darunter 86 Soldaten oder Polizisten, 430 Zivilisten und 1439 Guerilleros. 600 bis 1000 „Senderistas“ sollen sich in Haft befinden. Die Zahl der seit 1980 getöteten Guerilleros wird mit insgesamt 6439 angegeben. Fast tausend Anschläge verübte der „Leuchtende Pfad“ 1983, davon 115 auf Polizeiposten, 26 auf Parteibüros.

Methoden und Strategie des „Sendero Luminoso“ lassen sich an den Aktionen der Guerilla während der vergangenen drei Jahre ablesen. Über ihre politische Ideologie ist wenig bekannt. „Sendero Luminoso“ entstand Mitte der sechziger Jahre aus einer maoistischen Absplitterung der peruanischen kommunistischen Partei. Der heute 50jährige Führer der Guerillabewegung, der Philosoph und Jurist *Abimael Guzmán*, lehrte an der wiedereröffneten Universität San Cristóbal de Huamanga von Ayacucho, einer der ältesten Universitäten Lateinamerikas. Aus ihren stark politisierten Studentenorganisationen holte Guzmán seine Anhängerschaft. Ab 1970 ging er zeitweise, 1980 ganz in den Untergrund. Mit einigen Führern der Bewegung soll er einige Jahre in China verbracht haben. Ideologisch stützt sich die Führung des „Sendero Luminoso“ auf den 1930 gestorbenen peruanischen Marxisten *José Carlos Mariátegui* und maoistisches kulturrevolutionäres Ideengut.

1982 veröffentlichte die Untergrundorganisation eine Schrift mit dem Titel „Entwickeln wir den Guerilla-Krieg“, die nach dem Beispiel kambodschanischer und vietnamesischer Revolutionsstrategie den „allgemeinen Aufstand“ und den militärischen Kleinkrieg propagiert und die Landbevölkerung als „motorische revolutionäre Kraft“ versteht, die den Kampf in die Städte tragen soll. Über den *bewaffneten Kampf* heißt es dort: „Mit seinen ersten, den großen Scheiterhaufen ankündigenden Bränden nehmen die Massen ihr Schicksal in die eigenen unbesiegten, schöpferischen und sicheren Hände, denn sie sind Schöpfer der ganzen Geschichte und jeder Revolution.“ Die Handbücher für die Guerilleros sind dagegen weniger pathetisch abgefaßt und von simplem Inhalt.

Die Strategie des „Sendero Luminoso“ besteht im *Aufbau revolutionärer bewaffneter Zellen* in ländlichen Regionen mit Hilfe der Campesinos, in der Eroberung und Befreiung“ dieser Gebiete durch gezielte Terroranschläge auf Sachen und Personen und schließlich dem totalen Bürgerkrieg in den Städten. „Sendero Luminoso“ begann 1980 mit einer Vielzahl von Sprengstoffanschlägen auf Einrichtungen der Stromversorgung. Als im Departement Ayacucho immer wieder ländliche Polizeiposten überfallen wurden und die Vier-Millionen-Stadt Lima nach Sprengung der Hauptleitungen zweimal völlig ohne Elektrizität war, rief die Regierung Ende 1982 in mehreren Provinzen den Notstand aus und setzte die Armee gegen die Guerilla ein. Inzwischen mehren sich die Anzeichen dafür, daß Polizei und Militärs die Guerilla im Hochland um Ayacucho unter Kontrolle haben. Ein Teil der Untergrund-

kämpfer ist offenbar in die Hauptstadt geflüchtet, wo die Anschläge schwerer und häufiger geworden sind. Bisher kämpfte die Guerilla mit Waffen, die sie bei Überfällen auf Einrichtungen der Polizei und der Armee erbeutete. Seit dem Eingreifen der Streitkräfte gehen die Guerilleros noch brutaler gegen die Campesino-Bevölkerung vor.

Die Bevölkerung als Opfer

Den militärischen Kampf hat „Sendero Luminoso“ noch nicht verloren, eine Niederlage – vermutlich die entscheidende – liegt jedoch darin, daß die Guerilla die *Landbevölkerung* nicht für sich und ihre Ziele gewinnen konnte. Auf die anfänglichen Versuche der Guerilleros, unter den Campesinos zu leben und ihre Sprache, Quechua, zu sprechen, folgten Zwangsrekrutierungen und grausame Abschreckungs- und Vergeltungsaktionen in den Dörfern des von ihnen kontrollierten Gebiets.

Inzwischen ist der maoistische Doktrin zufolge ohnehin erbarmungslose Vernichtungskampf (mit dem Fernziel einer neuen Gesellschaft) durch äußere erschwerende Umstände, den mit gleicher Härte und erfolgreich geführten Anti-Guerilla-Kampf und den allzu geringen Rückhalt in der Bevölkerung, zum blinden, fanatisierten und sinnlosen Terror geworden. Da es offenbar nicht zur Strategie des „Sendero Luminoso“ gehört, Einheiten der Armee offen und gezielt anzugreifen, sind die Verluste der Militärs, vermutlich auch der Guerilla, wesentlich geringer als die Zahl der *zivilen Opfer*, fast immer Hochland-Indianer, die nicht wissen und noch weniger verstehen würden, wofür sie sterben. Viele dieser Campesinos wurden aus Angst zu Komplizen der Guerillas, weil sie die Spezialeinheiten der Zivilgarde, die „Sinchis“, noch mehr fürchteten als die Aufständischen. Derzeit bedienen sich Regierung und Guerilla derselben zynischen Strategie, den Gegner hauptsächlich stellvertretend zu bekämpfen. (Die Ermordung von acht Journalisten im Januar 1983 ist ein „Erfolg“ dieser Strategie: in der Ortschaft Huaychao hatten Campesinos sieben Guerilleros getötet; auf dem Weg dorthin wurden die Journalisten von den Bewohnern des Nachbarorts niedergemacht. Polizeipatrouillen hatten wiederholt angeordnet, jeden Fremden unschädlich zu machen.) So versuchen Regierungspatrouillen verstärkt, eine Dorfgemeinschaft gegen eine andere angeblich „senderistische“ aufzuwiegeln und zur „offensiven Selbstverteidigung“, das heißt zur Liquidierung der Leute zu bringen.

Massenverhaftungen durch Armee-Einheiten, Verschleppungen ganzer Gruppen, Kollektiv-Erschießungen und Folterungen als wirksame Mittel der Einschüchterung haben im vergangenen Jahr zu *Protesten von Menschenrechts-Organisationen* in- und außerhalb Perus, darunter Amnesty International, geführt. Dem Präsidenten, Belaunde, der lange, nach Meinung vieler Peruaner zu lange, gezögert hat, die Militärs gegen die Guerilla einzusetzen, wird von Parlamentariern sogar der eigenen Partei, der

Volksaktion (AP), das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte vor allem gegen die Zivilbevölkerung vorgehalten. General *Clemente Noel*, der militärische und politische Verantwortliche für die Region im Kriegszustand, wurde vermutlich wegen solcher Übergriffe und entsprechender ungenierter Äußerungen über die Methoden seiner Spezialeinheiten Anfang 1984 abgelöst.

Mehrmals hat auch die *katholische Kirche* Perus zur Guerillafrage Stellung genommen, wenn auch auf unterschiedlich dezidierte Weise. Bereits im Januar 1982 erwähnte die Bischofskonferenz in einer „Botschaft an das Volk Gottes“ zum Abschluß ihrer Vollversammlung die Guerilleros, die sie wie auch in späteren Erklärungen stets den „Terrorismus“ nennt; gleichzeitig führen die Bischöfe Klage über das Ausmaß staatlicher Repression („Zu alledem kommt noch das Verbrechen und die Gewalt, die Zunahme von Diebstählen, auch Kirchenschändungen, Raubüberfällen und sonstigen Verbrechen. Ebenso zielt der Rückfall in den Terrorismus als politischer Waffe und in diskriminierende und gewaltsame Unterdrückung darauf ab, die Grundrechte des Menschen zu mißachten und zu verletzen.“) Bei dieser, die grundsätzliche Frage der peruanischen Gesellschaft angehenden Erklärung fällt auf, daß Terrorismus und Repression unter der Thematik wachsende Unmoral und steigende Kriminalität subsumiert erscheinen und dort nach Drogenhandel und -konsum, Verführung durch die Medien und gewöhnliche Kriminalität als letzte angeführt werden. Zu den dann folgenden Kapiteln über soziales Unrecht, Wirtschaftsprobleme und eine Kirche der Armen besteht kein inhaltlicher Bezug.

Protest der Bischöfe

Im September 1982 protestierten Bischöfe aus den Anden-Provinzen Cuzco und Puno gemeinsam gegen die Unterdrückung der Bevölkerung durch staatliche Sicherheitskräfte und die ausufernde Korruption in der öffentlichen Verwaltung. Das peruanische Gesellschaftssystem bevorzugte eindeutig bestimmte kleine Gruppen zu Lasten der breiten Bevölkerung. Dem berechtigten Protest des Volkes begegne der Staat mit gewaltsamer Unterdrückung, mit Einschüchterung, Mißhandlungen und willkürlichen Verhaftungen.

Im September 1983 stellten die peruanischen Bischöfe in einem gemeinsamen Hirtenbrief ihre *Verurteilung von Terror und Gegenterror* in einen klaren sozialen und gesellschaftspolitischen Kontext. Der Hirtenbrief wandte sich ausdrücklich an alle Peruaner, die „den falschen Weg“ eingeschlagen hätten, indem sie die Gesellschaft mit Gewalt zu verändern suchten. Den von der Wirtschaftskrise am meisten Betroffenen und den Bewohnern besonders unterentwickelter und vernachlässigter Regionen müsse durch soziale Maßnahmen vorrangig geholfen werden. In der eingangs erwähnten Erklärung vom Januar 1984 der peruanischen Bischöfe heißt es dann ausdrücklich: „Man muß die ausschließlich militärische Antwort durch eine globale Berücksichtigung aller Probleme der Region er-

setzen, wozu auch zivile und soziale Organisationen herangezogen werden sollten.“

Die im Laufe zweier Jahre entschiedener gewordenen Stellungnahmen der katholischen Bischöfe Perus sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Kirche selbst von der Terrorismusbekämpfung nicht verschont blieb. Im Mai 1982 entging der Erzbischof von Lima und Vorsitzende der peruanischen Bischofskonferenz, Kardinal *Juan Landazuri Ricketts*, nur knapp einem Attentat. Im Juni 1983 wurde der spanische Missionar *Vicente Hondarza* bei einem Besuch einer entlegenen Gemeinde ermordet. Wie einige andere Geistliche der Region galt der Priester wegen seines Einsatzes für die Organisation der Kleinbauern bei den Behörden als subversiv. Staatspräsident Belaunde hatte im Januar 1983 öffentlich die Vermutung geäußert, daß ausländische Priester mit der Guerilla in Verbindung stünden. Auch der Präfekt von Ayacucho, *César Vega*, bezeichnete einige in der Region tätige spanische Geistliche als „Senderistas“, die den Untergrundkämpfern ausländische Hilfsgüter zukommen ließen. Die Bischöfe dementierten, daß die Caritas die Guerilleros mit Lebensmitteln versorge, und erklärten: „Wir sind gegen den Terrorismus, weil er dem Evangelium widerspricht. Aber wir wollen, daß er bekämpft wird, ohne daß das Volk leiden muß.“

Im September 1983 überfielen Zivilgardisten das „Amazonische Zentrum für Anthropologie und praktische Anwendung“ der peruanischen Bischofskonferenz in Iquitos und durchsuchten es nach „subversivem und terroristischem Material“. Der Bischof von Iquitos, *Gabino Perál de la Torre*, verteidigte die pastoralen Mitarbeiter des Zentrums, die ihre ganze Energie in den Dienst der Ärmsten des Amazonas-Gebietes stellen würden. Solche Vorfälle müßten soziale Sensibilität und den Mut wecken, die Menschenrechte gegen Verleumdung und Verfolgung einzufordern. Ob und inwieweit katholische Priester der Anden-Region Ayacucho mit dem „Sendero Luminoso“ sympathisieren oder ihn sogar unterstützen, ist kaum nachweisbar. Schon wegen der selbstgewählten strengen Isolierung der Guerilla spricht nur wenig dafür. Von kirchlicher Seite ohne Reaktion blieb, soweit bekannt, die Erschießung der Ordensfrau Joan Mary Sawyer am 14. Dezember vergangenen Jahres durch Polizisten, nachdem ausbrechende Häftlinge sie als Geisel genommen hatten.

Ratloser Belaunde

Die Regierung gibt dem Thema Guerilla publizistisch nach wie vor breiten Raum, was oppositionelle Politiker so auslegen, daß die Regierung von einem anderen nationalen Problem, der Wirtschaftskrise, ablenken wolle. Sie bedroht die Regierung Belaunde und das peruanische demokratische System vermutlich weit mehr als die Guerillas des „Sendero Luminoso“. Im vergangenen Jahr verzeichnete die peruanische Wirtschaft ein Minuswachstum von zehn Prozent, die Inflationsrate lag bei

120 Prozent. Mehr als die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung ist ohne feste Beschäftigung, die Mehrzahl verdient mit Straßenverkäufen zwischen 100 und 200 DM monatlich. Die Kriminalität in Lima ist in einem Jahr um 40 Prozent gestiegen. Im völlig vernachlässigten Department Ayacucho, dem Operationsgebiet des „Sendero Luminoso“, erreicht das Pro-Kopf-Einkommen nur ein Zehntel des nationalen Durchschnitts, zwei von drei Einwohnern der Provinz sind Analphabeten. Zu den Fehlern einer auf industrielles Wachstum setzenden Wirtschaftspolitik kommen sinkende Rohstoff-Preise auf dem Weltmarkt sowie Einbußen in der Landwirtschaft.

In Lima heißt es nicht zu Unrecht, Ratlosigkeit bestimme die Politik Belaundes, eines unumstritten integren Demokraten. Seinem Argument, soziale Reformen seien erst mit ausreichendem Wirtschaftswachstum möglich, hielt die Kirche wiederholt entgegen, so lange könnten die Armen nicht warten. Es muß pessimistisch stimmen, daß trotz demokratischer Rahmenbedingungen ein rohstoffreiches Dritte-Welt-Land wie Peru dabei ist, noch weiter zu verarmen. Alternativen zum untauglichen Lösungsversuch des „Sendero Luminoso“ sind nicht erkennbar, solange das Elend schneller wächst als die Entwicklung.

Gabriele Burchardt

Kurzinformationen

Ein Memorandum „Teilen der Arbeit ist gefordert“ hat Anfang Februar der „Ökumenische sozioethische Arbeitskreis Kirche-Gewerkschaft“ vorgelegt. Dem im vergangenen Jahr gegründeten Kreis gehören unter anderen der katholische Sozioethiker *Friedhelm Hengsbach* (Frankfurt), der Vorsitzende des evangelischen Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt, *Walter Sobn*, der frühere DGB-Vorsitzende *Heinz-Oskar Vetter* und der stellvertretende Vorsitzende der IG-Metall, *Franz Steinkühler*, an. Das Memorandum betont, in der gegenwärtigen Entscheidungssituation müßten die Kirchen auch einen Beitrag zur Auseinandersetzung um Verteilungsgerechtigkeit bei Arbeit und Einkommen leisten. Dem *strukturellen Umverteilungsprozeß* von unten nach oben sei durch Caritas und individuelle Nächstenliebe oder durch den Appell an die Opferbereitschaft einzelner nicht mehr beizukommen. Die sozioethischen Traditionen und die Verkündigung der Kirchen forderten ein „parteiliches Wort zugunsten jener Gruppen heraus, die in diesem Prozeß immer näher an die Armutsschwelle gedrückt werden.“ Die Verfasser bewerten den Versuch, „mit Hilfe neokonservativer Wirtschaftsmodelle das freie Spiel der Marktkräfte ... wieder einzuführen“, als tiefen Kontinuitätsbruch in der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik. Er stelle den sozialen Charakter der Marktwirtschaft in Frage. Das Memorandum spricht sich demgegenüber für *Korrekturen an der wirtschaftlichen Eigendynamik* in Form staatlichen und gesellschaftlichen Handelns aus, das an der gerechten Verteilung von Arbeits- und Einkommenschancen für alle orientiert sein müsse. Genannt werden ein mittelfristiges Beschäftigungsprogramm, eine Rückkehr zu aktiver Arbeitsmarktpolitik und eine Verminderung des Arbeitsangebots durch Arbeitszeitverkürzung mit deutlichen Beschäftigungseffekten. Unter diesen Gesichtspunkten komme einer tarifvertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeitverkürzung im Sinne der *35-Stunden-Woche* eine klare Priorität zu.

Ende Januar fanden in der Schweiz die offiziellen Feiern zum Zwinglijubiläum statt. Der Zürcher Reformator war am 1. Januar 1484 in Wildhaus im ostschweizerischen Toggenburg geboren worden. Im Mittelpunkt der Feiern aus Anlaß des 500. Geburtstags Ulrich Zwinglis stand ein Festakt im Zürcher Grossmünster, seiner ehemaligen Predigtkirche. In Grußworten und Festvorträgen wurde dabei nach der Eigenart von Zwinglis Wirken als Reformator und nach seiner Gegenwartsbedeutung gefragt. Der Kirchenhistoriker *Gottfried Locher* stellte fest, Zwingli eigne sich nicht zum Feiern, denn er habe schwere Fehler gemacht und sei

voller innerer Widersprüche gewesen. Seine unerbittliche Strenge gegen die Täufer stoße ab und in seinem Tod in der Schlacht von Kappel (1531) gegen die katholischen Kantone könne man das völlige Scheitern seines Unternehmens sehen. Die Christen könnten heute von Zwingli lernen, daß die *politische Aktivität* ein Teil des Christseins sein müsse. Er habe die ganze Bibel beim Wort genommen, die politische Obrigkeit unter das Zeichen des Evangeliums gestellt und die Christen zu verantwortlicher Mitarbeit im Gemeinwesen aufgerufen. In einem weiteren Vortrag hob Prof. *Robert Leuenberger* hervor, daß Zwinglis Kirche gleichermaßen von der Tradition wie von der absoluten Traditionslosigkeit bedroht sei. Zwingli sei für die *radikale Tradition* eingetreten, für den Weg zurück zu den Wurzeln des Glaubens in der Heiligen Schrift. Deshalb sei die Verheißung, daß Gott seine Kirche erhält, die erste und einzige Frage der Reformation an die Gegenwart. Leuenberger zog eine Verbindung von Zwinglis Verteilung des Reislaufens zu der Situation der ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz: Man könne Zwingli nicht feiern, ohne wahrzunehmen, daß er sich der heimlichen Ideologie des handfest-helvetischen Pragmatismus widersetzt habe, die bis heute die Staats- und Wirtschaftsräson der Schweiz lenke.

Sehr pointierte pastorale Perspektiven entwickelte Kardinal Jean-Marie Lustiger gegenüber dem Klerus seiner Diözese. In einem vom Pressedienst der Französischen Bischofskonferenz verbreiteten Text, den er kurz vor Weihnachten an den Klerus der Diözese richtete, sprach der Kardinal von den großen Veränderungen, die die Großstadt Paris und deren Bevölkerung in den letzten zwanzig Jahren geprägt hatten. Die Bevölkerung habe sich sowohl in den Arrondissements der Innenstadt wie in den Vorstädten neu gemischt. Traditionelle Arbeiterviertel seien praktisch im Verschwinden, andere Viertel würden immer mehr von Ausländern geprägt. So bringe jedes Jahr neue Probleme auf die Aktivität der Kirche und ihrer Seelsorge zu. In einem Vorblick auf die nächsten zwanzig Jahre kündigt der Kardinal vor allem zwei Schwerpunktsetzungen an: 1. gelte es viele *christliche Gemeinschaften* neuen Typs zu schaffen bzw. zu entwickeln. Nach dem Kardinal wäre es eine „naive Täuschung“, sich diese nach dem Vorbild der „Pfarreien von einst“ vorzustellen. Aber es wäre auch ein „grausamer Mangel an Vorausschau“, sich nicht an die Arbeit zu machen und sie zum Entstehen zu bringen nur des Einwandes wegen, „daß wir nicht in der Lage sind, ihre Gestalt vorwegzunehmen, die allein Zeit und Erfahrung ihnen geben